

DOI: 10.5771/0342-300X-2024-4-315

Europa nach der Wahl

Was für Gewerkschaften jetzt zu tun ist

TANJA BERGRATH

Katerstimmung nach der Wahl

Wenn dieses Heft Anfang August erscheint, wird die Europawahl knapp zwei Monate zurückliegen. Es wird dann klarer sein, wer die Spitzenpositionen in der EU einnimmt und welche Themen die Agenda der nächsten Jahre bestimmen werden. Zum jetzigen Zeitpunkt, ein paar Tage nach der Europawahl, lässt sich zunächst feststellen, dass sich sowohl das deutsche als auch das europäische Ergebnis in zwei Punkten vom Wahlergebnis 2019 unterscheiden: Zum einen haben rechte und rechtskonservative Parteien deutlich zugelegt, während das links-progressive Spektrum an Stimmen eingebüßt hat. Und zum anderen ist die Wahlbeteiligung gestiegen. Während die Gründe für das europaweite Erstarken der Rechten und Rechtskonservativen an anderer Stelle noch genauer analysiert werden muss, ist die zweite Zahl ein Indikator dafür, dass Europapolitik generell immer wichtiger in der Wahrnehmung wird. Wir haben mit dieser Wahl allerdings auch gesehen, dass dadurch nicht automatisch pro-europäische Wähler*innen zur Wahlurne gehen. Die ersten Umfragen am Wahlabend zeigten, dass Unzufriedenheit und mangelndes Vertrauen in die Europapolitik nicht unerhebliche Einflussfaktoren für die Wahlentscheidung waren.

Mehr denn je ist klar, dass politische Entscheidungen auf EU-Ebene, dass die Richtlinien und Verordnungen, die hier von Abgeordneten und Vertreter*innen aus den 27 Mitgliedstaaten diskutiert und abgestimmt werden, einen erheblichen Einfluss auf die nationale Politik haben. Die Vorteile, die sich daraus für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für nachhaltiges Wirtschaften ergeben, sind vielen nicht klar genug. Auch hier muss unsere gewerkschaftliche Arbeit in den nächsten Jahren ansetzen. Noch mehr als bisher müssen wir die Vorteile eines geeinten Europas für Wohlstand und Sicherheit in die gesellschaftliche Debatte einbringen und für ein friedliches Europa einstehen, das Gute Arbeit und den Respekt gegen-

über Arbeitnehmer*innen als Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg versteht.

Was bedeutet das für die Inhalte?

Unabhängig davon, wie sich nun genau die Fraktionen formieren werden und wem es gelingen wird, die zahlreichen unabhängigen Kandidat*innen in das eigene Fraktionslager zu ziehen, lässt sich bereits jetzt feststellen, dass die kommende Legislatur sich maßgeblich von den Jahren 2019–2024 unterscheiden wird. Denn nicht nur das Wahlergebnis, sondern auch die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten differieren stark. Im Mai 2019, als das jetzt scheidende Europaparlament gewählt wurde, dachte niemand an eine weltweite Pandemie, und ein Krieg an der Außengrenze der EU schien unvorstellbar. Es war die Zeit, in der vor allem die junge Generation mit ihren Forderungen nach einer klimafreundlichen Politik auf die Straßen ging und so in die öffentliche Wahrnehmung drängte. Das hat sich auch in der Europapolitik niedergeschlagen. Die neugewählte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen setzte 2019 den „Green Deal“ ganz oben auf die Agenda und wollte Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Und auch das Soziale Europa stand mit der Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte prominent im Hausaufgabenbuch der Kommission – nicht zuletzt, weil die Kommissionspräsidentin auch auf die Stimmen der sozialdemokratischen und der grünen Fraktionen angewiesen war.

Jetzt werden höchstwahrscheinlich andere Parameter die Ausrichtung des Kommissionsprogramms bestimmen. Wettbewerbsfähigkeit, Energiepolitik, geo- und sicherheitspolitische Fragen – alles Themen, die im Wahlkampf bereits angerissen wurden und die sicherlich für die Ausrichtung der Europapolitik der nächsten Jahre Schwerpunkte bilden werden. Aber es geht nicht nur darum, was behandelt werden wird, sondern auch um das Wie. Eine Kommission, in der sich die Kräfteverhältnisse zwischen

progressiv und konservativ nochmals deutlich zugunsten der letzteren verschieben werden, wird vermutlich für gewerkschaftliche Perspektiven und Positionen immer weniger zugänglich sein. Wichtig ist deshalb, dass wir unsere Expertise aus der Arbeitswelt und unsere Funktion bei der Stärkung der Demokratie lautstark und fundiert einbringen. Gewerkschaften verfügen über ein großes Wissen und einen profunden Erfahrungsschatz, wenn es darum geht, an tragfähigen Kompromissen zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen mitzuwirken – und das gilt nicht nur für sozialpolitische Themen. Längst sind Gewerkschaften etablierte Partner, wenn es um die Gestaltung der Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaft geht. Das wird noch an vielen Stellen ein maßgebliches Element sein, durch das wir uns glaubhaft und konstruktiv einbringen können.

Grundsätzlich werden wir uns als Gewerkschaften darauf einstellen müssen, dass viele Debatten und politische Forderungen in den nächsten Jahren dem Ruf nach „weniger Regulierung und mehr Wettbewerb“ folgen werden. Hier wird es unsere Aufgabe sein, eine differenziertere Sichtweise einzubringen. Natürlich fordern auch wir im Sinne der Arbeitnehmer*innen wirkungsvolle Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Aber Wettbewerb kann nie allein der Wettbewerb um die niedrigsten Preise sein. Europäisch müssen wir über die Qualität konkurrieren – und die hängt maßgeblich mit gut ausgebildeten und entlohn-ten Arbeitnehmer*innen und mit Investitionen in die Transformation zusammen.

Unsere Anforderungen an die nächste Legislatur

Inhaltlich hat der DGB bereits frühzeitig im Europawahlprozess Forderungen für die neue Legislaturperiode auf EU-Ebene formuliert und diese sowohl in den Programmprozess der Parteien als auch in unsere Kampagne „Besser mit Europa!“ eingebracht. Das Anforderungspapier

ist in Ergänzung gewiss auch zum jetzigen Zeitpunkt eine Lektüre wert. Drei Bereiche, die in den kommenden Monaten und Jahren sicherlich eine Rolle spielen werden, sollen an dieser Stelle herausgegriffen werden.

Transformation: Um die großen Transformationsprozesse, in denen wir uns bereits befinden, stemmen zu können, brauchen wir sowohl die richtigen Rahmenbedingungen für Investitionen auf nationaler Ebene (Orientierung des EU-Beihilferechts an Zielen der Transformation) als auch europäische Investitionen (wie zum Beispiel die Einführung eines EU-Transformationsfonds zur Finanzierung wichtiger Technologien). Daneben muss klar sein, dass keine öffentlichen Gelder ohne die Verpflichtung zur Tarifbindung, Standortsicherung und zur Einhaltung der Kriterien für Gute Arbeit fließen dürfen. Diese soziale Konditionierung könnte z. B. im Zusammenhang mit einer Überarbeitung der EU-Vergaberichtlinien in Angriff genommen werden.

Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte: Die Säule darf hier nicht nur als Worthülle dienen, sondern muss als stabilisierendes Element den ökonomischen Binnenmarkt flankieren. Als Gewerkschaften haben wir sehr konkrete Vorstellungen, wie dies realisiert werden könnte. Zum Beispiel bei der Mitbestimmung: Das europäische Gesellschaftsrecht hat mit der Möglichkeit der Umwandlung in Europäische Aktiengesellschaften (SE) Schlupflöcher für Mitbestimmungsfucht geschaffen. Diese gilt es mit einer EU-Richtlinie zur Mitbestimmung zu schließen. Oder auch bei den Fra-

gen um die soziale Aufwärtskonvergenz: Analog zur EU-Mindestlohnrichtlinie muss die EU weitere Mindeststandards setzen, zum Beispiel für Kurzarbeit, Arbeitslosenversicherungssysteme oder Weiterbildung. Wir haben in und nach der Corona-Krise gesehen, wie SURE (das europäische Programm zur Finanzierung von Kurzarbeit) als stabilisierender Faktor gewirkt hat. Die Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte ist also weit mehr als ein soziales Feigenblatt – sie ist ein Kernelement, oder besser: ein Aggregat an Kernelementen, um die Demokratie europaweit zu stärken.

Bessere Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitende Beschäftigte: Der Binnenmarkt sorgt nicht nur für den zollfreien Verkehr von Waren, sondern mitunter auch für ausbeuterische und menschenverachtende Geschäftsmodelle, wie wir sie in den letzten Jahren im Transportsektor, bei Erntehelfer*innen und in der Fleischindustrie beobachten konnten. In Deutschland haben wir mit *Faire Mobilität* ein Vorzeigemodell zur Rechtsberatung etabliert. Unser Ziel ist nun die europaweite Vernetzung von Beratungsstellen, die durch eine fixe Budgetlinie durch die EU-Kommission verstetigt wird. Darüber hinaus muss auch endlich die Einführung eines europäischen Sozialversicherungspasses kommen, um den weitverbreiteten Sozialversicherungsmisbrauch konsequent einzudämmen.

Fazit

Es wird spannend werden, wie sich das neugewählte Parlament letztlich aufstellt, welche Kandidat*innen die Mitgliedstaaten für die 26 Pos-

ten der Kommissar*innen aufstellen und wie die Befragungen der Kandidat*innen durch das Parlament ablaufen. Erst in dieser Phase, also im Herbst dieses Jahres, werden wir eine konkrete Vorstellung von der inhaltlichen Ausrichtung der nächsten Europäischen Kommission haben. Als Gewerkschaften müssen wir in diesem Prozess sicherstellen, dass unsere Themen nicht von der politischen Agenda fallen, sondern als europäische Vereinbarungen das (Arbeits-)Leben der Menschen in Europa besser machen. Wir müssen weiterhin für einen Binnenmarkt kämpfen, der nicht nur die Unternehmensinteressen bedient, sondern auch die Arbeitnehmer*innen-Interessen berücksichtigt. Ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse können nicht die Basis für wirtschaftliche Erfolge sein. Gerade in den Zeiten der großen Transformationen, in denen wir uns befinden, müssen wir ein sukzessives Abrutschen in immer mehr nicht-tarifgebundene Arbeitsverhältnisse verhindern, die die Beschäftigungsbedingungen europaweit verschlechtern. Wenn wir die Wahlergebnisse und vor allen auch die Analysen derselben ernst nehmen, dann müssen die Sorgen hinsichtlich eines drohenden sozialen Abstiegs, die Sorgen um eine friedliche Zukunft sowie die Sorgen um die wirtschaftliche Stabilität ernst genommen werden und als Ganzes den Kern für die politischen Anforderungen bilden. ■

AUTORIN

TANJA BERGRATH, Leiterin der Verbindungsstelle Europapolitik des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB).